

Gesetz = Sammlung

für die

Königlichen Preussischen Staaten.

— No. 16. —

(No. 442.) Allerhöchste Kabinettsorder vom 3ten November 1817. wegen der Geschäftsführung bei den Oberbehörden in Berlin.

Durch die Errichtung des Staatsraths ist dafür gesorgt, daß die Gesetze gehörig geprüft, Meiner Sanction unterworfen werden. In Absicht auf die Verwaltung, ist durch die Instruktionen für die Oberpräsidenten, Regierungen, Konsistorien und Medizinal-Kollegien, diesen eine Stellung gegeben, wodurch sie in Stand gesetzt werden, solche nach allgemeinen Grundsätzen und Vorschriften, unter ihrer Verantwortlichkeit, selbstständig zu führen; die Ministerien aber sind zu ihrer eigentlichen Bestimmung zurückgebracht, jene Vorschriften zu ertheilen, die Gesetze vorzubereiten und darüber zu wachen, daß sie überall befolgt werden. Um aber auch den Mängeln abzuhelpen, welche sich aus einer gar zu großen Anhäufung von Gegenständen bei einer Geschäftsabtheilung und Person ergeben haben, und es einem jeden Minister möglich zu machen, dem ihm anvertrauten Geschäftszweig gründlich zu übersehen und zu leiten, dem gesammten Ministerium aber, das Ganze der Staatsverwaltung richtig zu beurtheilen und dahin zu sehen, daß der Zweck so vollkommen als möglich und mit Einheit erfüllt werde; um endlich die nöthige Kontrolle, besonders im Finanzwesen, herzustellen, habe Ich folgende Einrichtungen beschlossen:

I. Der Finanzminister wird von der Verwaltung der sämmtlichen außerordentlichen Einnahmen und Ausgaben, des Schazes und des Staatsschuldenwesens, der Seehandlung, der Bank, der General-Salzdirektion, der Lotterie, der Münze und des Berg- und Hüttenwesens, entbunden. Er behält dagegen:

- 1) die Leitung des gewöhnlichen Staatshaushalts, mithin der Domainen und Forsten und des ganzen Steuerwesens, der General-Staatskasse und der Provinzialkassen,
- 2) das Handels- und Gewerbe-Departement,
- 3) das Land- und Wasser-Bauwesen, mithin auch den Chaussee-, Kanal- und Hafenbau, und damit einen Wirkungskreis, der vormals mehrere Minister beschäftigte, und dessen Ausfüllung einen sehr thätigen Mann erfordert.

Jahrgang 1817.

Nr

II. 66

(Ausgegeben zu Berlin den 6ten November 1817.)

II. Es soll ein Ministerium des Schatzes und für das Staats-Kreditwesen errichtet werden, und aus Ihnen, dem Staatskanzler, als Chef, dem Staatsminister von Klenow, als Präsidenten, und dem Wirklichen Geheimen Ober-Finanzrath Nothher, als Direktor bestehen. Diesem Ministerium sind die Verwaltungen der außerordentlichen Einnahmen und Ausgaben, des ganzen Staats-Schuldenwesens, der Seehandlung, der General-Salzdirektion, der Lotterie und der Münze beizulegen. Das erforderliche Raths- und Subaltern-Personal ist aus vorhandenen Beamten zu nehmen.

III. Der Minister des Innern giebt das Departement für den Kultus und öffentlichen Unterricht und das damit in Verbindung stehende Medizinalwesen ab. Die Würde und Wichtigkeit der geistlichen und der Erziehungs- und Schulsachen macht es rathlich, diese einem eigenen Minister anzuvertrauen, und Ich ernenne dazu den Staatsminister Freiherrn von Altenstein. Dagegen wird dem Minister des Innern das Berg- und Hüttenwesen beigelegt, welches mit dem Privateigenthum und der Landeskultur in inniger Beziehung steht. Der Ober-Berghauptmann Gerhard bleibt demselben in den Verhältnissen, in welchen er bisher zu dem Finanzminister gewesen, vorgelegt. Die Salzfabrikation bleibt bei dem Berg- und Hüttenwesen.

IV. Die Justizverwaltung ist in einem großen Theile der Monarchie noch nicht definitiv geordnet. Insonderheit ist in den Provinzen am Rhein noch nicht bestimmt, was von der bisherigen fremden Gesetzgebung beizubehalten sey oder nicht. Ich habe vorlängst eine Justizkommission angeordnet, die dieses für die Rheinprovinzen prüfen soll; der Gang derselben ist aber zu langsam, und es ist dringend nothwendig, daß in dieser wichtigen Angelegenheit bald eine Entscheidung erfolge. Das Allgemeine Landrecht und die Gerichtsordnung erfordern eine Revision, um beide den Veränderungen anzupassen, die seit ihrer Publikation vorgefallen sind. Alle diese Gegenstände übersteigen die Kräfte eines Mannes, der zugleich mit der gewöhnlichen Leitung des Justizministeriums beladen ist. Ich habe daher beschlossen, sie dem Staatsminister von Beyme aufzutragen und ihm zugleich Sitz und Stimme im Ministerium beizulegen. Vorschläge, wie jene Gegenstände zu betreiben und zu beschleunigen seyn werden, will Ich sobald als möglich vom Ministerium erwarten.

V. Bei dem Polizei-Ministerium wird nichts verändert; nur bleibt die sogenannte höhere und geheime Polizei gänzlich aufgehoben, da sie nur in den Zeiten des feindlichen Drucks und während des Krieges, ein nothwendiges Uebel war.

VI. Eben so wenig bei dem Kriegs-Ministerium.

VII. Der

VII. Der Minister von Alewiz behält das Amt eines Minister-Staats-Sekretairs.

VIII. Damit das gesammte Staats-Ministerium das Ganze der Verwaltung stets übersehe, soll jeder Minister verpflichtet seyn, von Zeit zu Zeit allgemeine Uebersichten der ihm anvertrauten Geschäftszweige zur Kenntniß des Ministeriums zu bringen; insonderheit aber sollen darin vorge-
tragen und verathen werden:

- 1) alle Entwürfe zu neuen Gesetzen und Abänderungen, ohne Ausnahme, bevor sie an den Staatsrath gelangen; desgleichen Anordnungen, die ein allgemeines Interesse betreffen oder in der bestehenden Verfassung Etwas verändern;
- 2) die Verwaltungs-Rechnschaften der Ober-Präsidenten für das abgelaufene Jahr;
- 3) die Verwaltungspläne derselben für das künftige Jahr;
- 4) die monatlichen sogenannten Zeitungsberichte der Regierungen;
- 5) periodische Uebersichten vom Zustande der Generalkassen;
- 6) die Etats der General- und Provinzial-Hauptkassen, so weit sie die laufende Verwaltung betreffen; auch die Militair-Etats;
- 7) abweichende Ansichten zwischen den einzelnen Ministern;
- 8) Militair-Einrichtungen, in sofern sie das Land angehen;
- 9) die Vorschläge wegen Anstellung der Ober-Präsidenten, Registrungs-Präsidenten und derer der obern Justizkollegien, der Direktoren, der Ober-Forstmeister und mit diesen gleichen Rang habenden Beamten;
- 10) die Vorschläge zu vortragenden Räthen bei den Departements, bleiben den, diese leitenden Ministern überlassen; nur müssen sie sich, wenn es einen, in einem andern Departement angestellten, oder unter demselben stehenden Beamten trifft, mit dem Chef desselben darüber vereinigen.

Sie, der Staatskanzler und Sie, die Minister, können durch die bei Ihnen angestellten Räthe, Vorträge im Ministerium halten lassen.

Wie oft das Ministerium sich versammeln müsse, wird von dem Umfange der Geschäfte abhängen.

IX. Nach einer besondern Verordnung wird eine Generalkontrolle unter Ihnen, dem Staatskanzler, als Chef und dem wirklichen Geheimen Ober-Finanz-Rath Ladenberg, als Direktor, hergestellt. Das erforderliche Raths- und Subalternen-Personal ist aus den vorhandenen Beamten zu nehmen.

X. Es ist für den Kredit der Hauptbank eben so wichtig, als es für die Sicherheit der Depositen- und Pupillen-Gelder wesentlich ist, daß dieses Institut selbstständig, unabhängig und einer Kontrolle unterworfen sey. Der

Minister von Klewig soll demselben als Königlich Kommissarius und Chef vorstehen. Eine Kuratel der Bank wird zur Kontrolle derselben bestellt. Sie soll aus Ihnen, dem Staatskanzler, dem Justizminister und dem Direktor der Generalkontrolle bestehen. Die Verfassung der Hauptbank wird durch eine besondere Verordnung bestimmt.

Ich beauftrage Sie, den Staatskanzler, die Ausführung dieser Verordnung sobald als immer möglich zu besorgen und besorgen zu lassen. Eine Vermehrung des Personals darf dadurch nicht entstehen; Sie müssen vielmehr dahin sehen, daß durch eine zweckmäßige Eintheilung der vorhandenen Beamten ein jeder Geschäftszweig gehörig besetzt werde und wo möglich Ersparungen entstehen, welche bei dem erweiterten Wirkungskreise der Oberpräsidenten und Regierungen anwendbar scheinen. In sofern übrigens durch die gegenwärtige Anordnung keine Aenderung gemacht wird, bleibt es bei den vorhin ergangenen Verordnungen. Gegeben Potsdam, den 3ten November 1817.

Friedrich Wilhelm.

An das Staats-Ministerium.

(No. 443.) Verordnung über die Einführung einer Generalkontrolle der Finanzen für das gesammte Etats-, Kassen- und Rechnungswesen und für die Staatsbuchhaltung. Vom 3ten November 1817.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen &c. &c.

Nachdem Wir beschlossen haben, zur genauen ununterbrochenen Uebersicht des gesammten Staatseinkommens und der davon zu bestreitenden Ausgaben, so wie zu andern wichtigen Zwecken eine Generalkontrolle der Finanzen für das gesammte Etats-, Kassen- und Rechnungswesen, verbunden mit einer Staatsbuchhaltung, anzuordnen; so finden Wir für nothwendig, über die Rechte und Pflichten dieser schon sonst mit Erfolg bestandenen Behörde Folgendes festzusetzen.

I.

Sämmtliche Einnahme- und Ausgabe-Etats ohne Unterschied, welche Einnahmen oder Ausgaben über oder aus Staatsfonds enthalten, sollen zur Prüfung der Generalkontrolle gelangen.

Die verfassungsmäßig zu Unserer Vollziehung zu befördernden Etats müssen vorher von der Generalkontrolle und dem treffenden Departementsminister oder Chef kontrassegnirt seyn.

Die-

Diejenigen Etats, zu deren alleinigen Vollziehung die Minister und übrigen Verwaltungsbehörden bisher berechtigt waren, müssen gleichfalls von der Generalkontrolle mit vollzogen werden.

Alle vom heutigen Tage ab erscheinenden Etats haben nur Gültigkeit, wenn solche beziehungsweise von der Generalkontrolle kontrassegnirt oder mit vollzogen sind.

Die Etats der Kommunen, Institute u. s. w. sind hierunter auch begriffen, wenn solche Zuschüsse aus Staatskassen nachweisen. Die Theilnahme der Ober-Rechnungskammer bei den Etatsprüfungen findet nicht ferner statt.

2.

Die Generalkontrolle ist verpflichtet, bei der Revision der Etats darauf zu halten:

daß die Staatseinnahmen überall mit Umsicht, Sorgfalt und Treue verwaltet, die Ausgaben auf das Nothwendige beschränkt und im Ganzen ein völlig geregelter Staatshaushalt geführt werde.

Sollten noch Staatsfonds vorhanden seyn, über welche noch keine Etats gefertigt worden, so müssen solche sofort ausgearbeitet und in der vorgeschriebenen Art vollzogen werden.

Abänderungen in der Verwaltung, welche Einfluß auf die Einnahmen oder Ausgaben des Staats haben, müssen mittelst der Berichte der Verwaltungsbehörden durch den Chef der Generalkontrolle zu Unserer Approbation gelangen.

Insbefondere dürfen ohne Theilnahme des Chefs der Generalkontrolle keine Domainen und Forsten oder sonstiges Staatseigenthum veräußert, keine Abgaben dauerhaft erlassen, oder deren Tariffsätze abgeändert, keine Staatsschulden kontrahirt, keine Ausgaben neu bewilligt, erhöht oder sonst Veränderungen vorgenommen werden,

welche die Ueberschreitung der Etatstitel oder die Verwendung von Etatssummen zur Folge haben, die sonst zu ersparen gewesen wären.

In welchen minder wichtigen Fällen, Veränderungen der gedachten Art ohne Unsere ausdrückliche Genehmigung, jedoch nur mit Zustimmung der Generalkontrolle, zulässig sind, bleibt der besondern Instruktion vorbehalten, welche Wir der Generalkontrolle ertheilen werden.

3.

Sämmtliche Ministerien und Verwaltungschefs, nicht minder die Ober-Rechnungskammer, sind verpflichtet:

der Generalkontrolle über Alles Auskunft zu geben, was dieselbe zur vollständigen Erfüllung ihrer Dienstpflichten zu wissen verlangt; auch müssen ihr zu jeder Zeit diejenigen Akten, Etats, Nachweisungen, Bücher, Rechnungen, Papiere zc., nichts davon ausgenommen, sie betreffen die kurrente oder die ältere Administration, ohne Verzug mitgetheilt werden, deren Vorlegung sie verlangt.

4. Da

4.

Da die Generalkontrolle den Zweck ihrer Errichtung nur sehr unvollkommen erfüllen würde,

wenn sie nicht berechtigt wäre, in das Wesentliche der einzelnen Verwaltungszweige einzudringen, so wird sie verpflichtet:

sich überall und in den dazu geeigneten, ihrer Beurtheilung überlassenen Fällen auch an Ort und Stelle von dem Gange der Administration die genauesten Kenntnisse zu verschaffen und Verbesserungen mit den Ministern gemeinschaftlich zu berathen und zu Unserer Entscheidung zu bringen; der Direktor der Generalkontrolle soll den monatlichen Kassenrevisionen bei den Generalkassen in Berlin beiwohnen, und der Generalkontrolle das Recht zustehen, außerordentliche Kassenrevisionen anzuordnen. Die Provinzial-, so wie die Kreis- und Lokalbehörden sind verpflichtet: der Generalkontrolle überall die vollständigste Auskunft zu geben und ihren Aufforderungen pünktlich ein Genüge zu leisten.

5.

Die Generalkontrolle soll eine Staatsbuchhalterei einrichten und über den Zustand der Finanzen genaue Uebersichten führen. Die Ministerien u. sind verpflichtet, dazu die nöthigen Extrakte und Uebersichten zu liefern. Uns Selbst sind die Resultate durch die Generalkontrolle in den Perioden vorzulegen, welche deren besondere Instruktion anordnet.

6.

Unsern Staatskanzler Fürsten von Hardenberg, dem ohnedies in Gemäßheit der frühern Verordnungen wegen Einrichtung der Staatsbehörden, die Kontrolle aller Verwaltungen zusteht, ernennen Wir hiermit zum Chef der Generalkontrolle, und zum Direktor derselben Unsern Wirklichen Geheimen Ober-Finanzrath L a d e n b e r g. Das übrige Raths- und Subalternenpersonal ist aus den vorhandenen Beamten, ohne Erhöhung des Besoldungsetats, auszuwählen.

Wir wollen, daß der Inhalt dieser Verordnung sofort zum Vollzug komme, und hoffen, daß Unsere getreuen Unterthanen in dieser erneuerten Einrichtung, in deren Folge Wir Selbst fortdauernd genaue Kenntniß von der Finanzverwaltung nehmen, einen abermaligen Beweis Unserer ununterbrochenen Fürsorge für das Beste derselben finden werden.

Urkundlich unter Unserer eigenhändigen Unterschrift und mit Beisehung Unseres Königlichen Insignels.

Gegeben Potsdam, den 3ten November 1817.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

E. Fürst v. Hardenberg.

(No. 444.) Verordnung, die Verhältnisse der Bank betreffend. Vom 3ten November 1817.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. u.

Die Bestimmungen, welche Wir in dem Finanzedikt vom 27ten Oktober 1810., und in der Verordnung vom 3ten April 1815., wegen des Verkehrs mit der Bank erteilt haben, sind durch die inzwischen eingetretenen Begebenheiten in ihrer Ausführung verzögert worden. Es liegt in Unserer Absicht, diesem Institute eine Verfassung zu geben, welche dem Bedürfnis der Nation, in Beziehung auf den öffentlichen Kredit, auf den Geldverkehr und auf die Handels- und Gewerbeverhältnisse, so wie dem Umfange der Monarchie angemessen, nach richtigen Regeln der Staatswirthschaft gegründet und zur Erhaltung des öffentlichen Vertrauens, so wie zur Beförderung des Wohlstandes Unserer getreuen Unterthanen geeignet ist. Einer solchen Maaßregel muß aber die Gründung eines festen und dauerhaften Finanzsystems, welche in den Begebenheiten der letztern Zeiten nicht zu beseitigende Schwierigkeiten fand, und womit Wir Uns jetzt besonders beschäftigen, nicht minder die Hebung der in der Sache selbst liegenden Hindernisse vorangehen. Wir behalten Uns daher vor, hierüber zu seiner Zeit das Nöthige anzuordnen; damit jedoch fortan eine kräftige, selbstständige, das Beste der Bank und ihrer Gläubiger wahrnehmende Verwaltung und eine regelmäßige Leitung aller Geschäftszweige des Instituts eintrete, und dadurch die weitem Maaßregeln zu Gunsten desselben vorbereitet werden; so haben Wir für dienlich erachtet, der Bank eine von der gewöhnlichen Finanzverwaltung unabhängige Stellung zu geben, und verordnen zu dem Ende Folgendes:

I.

Die Hauptbank zu Berlin ist mit den bereits vorhandenen oder noch zu errichtenden Komtoirs von jetzt an ein für sich bestehendes, von der Verwaltung des Staatsministeriums unabhängiges Institut.

2.

Ein Chef, welcher zugleich die Stelle eines Königl. Kommissarii vertritt, und wozu Wir hiermit den Staatsminister von Klewig ernennen, mit uneingeschränkter Vollmacht, jedoch zugleich mit persönlicher Verantwortlichkeit, erhält die spezielle Leitung der Geschäfte der Bank.

3.

Die Bankdirektoren und der Bankjustitiarius sind dem Chef der Bank untergeordnet. Mit diesen und mit einem nach seiner Prüfung zu wählenden Personale wird derselbe die Geschäfte verwalten.

4. Der

4.

Der Chef ist verpflichtet, für die Herstellung und Einführung eines angemessenen Geschäftsganges in allen Theilen des Instituts zu sorgen.

Derselbe wird hierdurch beauftragt, unverzüglich die Grundsätze und Bestimmungen vorzuschlagen, nach welchen die dem Staate obliegenden Verpflichtungen gegen die Hauptbank und deren Gläubiger vollständig erfüllt, auch die spezielle Administration des Instituts künftig geführt werden soll, und Uns Behufs der Reorganisation des Instituts einen Entwurf zum künftigen Bankreglement zur Prüfung und weitem Bestimmung baldmöglichst vorzulegen.

5.

Damit jedoch die Leitung des Instituts in Uebereinstimmung mit den bestehenden Verwaltungs-Grundsätzen geschehe, wird solches unter die allgemeine Oberaufsicht des Staats gestellt.

6.

Diese Oberaufsicht führt ein aus drei Staatsbeamten bestehendes Kuratorium. Beständige Mitglieder in selbigem sind der jedesmalige Präsident Unseres Staatsraths und der Justizminister. Letzterer besonders wegen des Interesses, welches die Gerichtsbehörden bei der Bank haben.

7.

Zu Mitgliedern des Kuratorii ernennen Wir hiermit für jetzt

- a) den Staatskanzler Herrn Fürsten von Hardenberg,
- b) den Staats- und Justizminister von Kirchheim,
- c) den Direktor der Generalkontrolle, den Wirklichen Geheimen Ober-Finanzrath Ladenberg.

8.

Das Kuratorium versammelt sich vierteljährlich einmal mit Zuziehung des Chefs. Dieser hält alsdann über den Zustand der Bank und alle darauf Bezug habende Gegenstände Vortrag, und giebt allgemeine Rechenschaft von allen seinen Operationen und Geschäftseinrichtungen.

Die Beschlüsse werden zur weitem Nachachtung protokollarisch niedergeschrieben.

Urkundlich unter Unserer eigenhändigen Unterschrift und mit Beisetzung Unseres Königlichem Insigne.

Gegeben Potsdam, den 3ten November 1817.

(L. S.)

Friedrich Wilhelm.

E. Fürst v. Hardenberg.

Zweites

Sachregister

zur

Gesetz-Sammlung

für die

Königlichen Preussischen Staaten.

Enthält

die Jahrgänge 1814., 1815., 1816 und 1817.

Berlin,

gedruckt bei Georg Decker, Königl. Geh. Ober-Hofbuchdrucker.

1818.

2. Heft

Erste Sammlung

von

Paulmann & Sohn

in

Königsberg Preussische Provinz

Verlag

die Jahrgänge 1814, 1815, 1816 und 1817

Preis

Verkauft bei Georg D. der Königl. Preuss. Hofbuchhandlung

1818

Zweites Sachregister

zur

Gesetzsammlung für die Königlich-Preussischen Staaten.

Zu bemerken: der Buchstabe A. bedeutet den Jahrgang 1814, B. 1815, C. 1816 u. D. 1817;
die beigefügte Zahl, die Seite.

A.

Abgaben, Transito-, die seit 1807. statt gefundenen, sind aufgehoben	A. 45.
— müssen zum Theil in Gold bezahlt werden	A. 63. 64.
— zur Unterstützung der Communen angeordnete, sollen fortauern	A. 65. 66.
Abchoß im Lande selbst ist aufgehoben	C. 199. 200.
Abzugsgeld ebenmäßig: s. Freizügigkeit.	
Maan, Versteuerung des ein- und ausländischen	C. 205.
Anhang zur allgemeinen Gerichts-Ordnung ist publicirt	B. 29.
Anweisungen, kaufmännische: s. Stempel.	
Aufruf an die preussischen Rheinländer	B. 25 — 27.
— an das Volk, nach der Rückkehr Napoleons	B. 32. 33.
Ausfuhr des geprägten Goldes und Silbers ist erlaubt	C. 92.
— des Bruchkupfers und Messings auch	C. 94.
— der Scheidemünze aber untersagt	C. 92.

B.

Banque, Königl. Haupt-; der Verkehr derselben wird wiederhergestellt	B. 30 — 32.
— — — ihre Verhältnisse werden näher bestimmt	D. 295. 296.
Bäuerliche Verhältnisse werden näher bestimmt	C. 3. 154 — 180.

	Seitenzahl.
Bäuerliche Verhältnisse, zur Regulirung derselben sind General-Commissionen, und ein Revisions-Collegium angeordnet	D. 161—196.
Beamte, die den Krieg mitgemacht, sollen ihre Functionen wieder übernehmen	A. 62.
— sind zum Kriegsdienst verpflichtet	B. 36, 41—44.
— als Landwehr-Offiziere müssen zu den Uebungen eintreten	D. 299.
— sollen einen Theil ihrer Befoldungen in Golde erhalten	A. 63, 64.
— deren Diäten werden näher bestimmt: s. Diäten.	
— deren Erben erhalten resp. einen Gnadenmonat und ein Gnaden-Quartal, auch Entschädigung für die Dienstwohnung	C. 134.
— müssen, der Regel nach, ihre Ehefrauen bei der Wittwen-Casse einkaufen	C. 214.
— können in Anspruch genommen werden, wenn sie über Kriegs-Lieferungen im eigenen Namen contrahirt	D. 7.
Bergwesen ist dem Finanz-Ministerio übertragen	A. 3.
— dem Ministerio des Innern	D. 289, 290.
Bergämter erhalten wieder Gerichtsbarkeit	C. 104—108.
Bergwerks-Eigenthum: s. Hypothek.	
Besitznahme: s. Patent.	
Bürger eid muß in der Bürgeruniform geleistet werden	A. 19.
Bürgermeister in den großen Städten, wie bei der Wahl derselben zu verfahren	A. 38.
Bürgerrecht muß denen Soldaten, die den Feldzug von 181½ mitgemacht, unentgeltlich ertheilt werden	C. 110.
C.	
Cartel: s. Kartel.	
Cassen-Billetts, sächsische litt. A., werden gestempelt und den Tresorscheinen gleichgestellt	C. 99, 100.
Cautionen sollen die Hälfte des Vermögens der Cautenten nicht übersteigen	B. 9.
Censur der Landkarten und statistischen Werke geschieht durch das statistische Bureau	C. 92.
Collateralsteuer: s. Kollateralsteuer.	
Collegien, Revisions-, s. bäuerliche Verhältnisse.	
Commissionen, General-, ebendaselbst.	
Conscribirte: s. Conscripte.	
Consistorien, Provinzial=: s. Instruction.	
Consuls werden vom dem Ministerio der auswärtigen Angelegenheiten, und dem des Handels ernannt	D. 6.
Con-	

Convention, Bayonner, ist aufgehoben	B. 37.
— Additionelle Artikel wegen des Eigenthums der Capitalien preussischer Unterthanen im Großherzogthum Warschau	B. 38 — 40.
Criminal-Ordnung; Einführung derselben im Herzogthum Sachsen	C. 132.
— — — — — Thorn-, Culm- und Mieslauischer Kreise	C. 224.
— — — — — Großherzogthum Posen	C. 231.
— Verfassung; Organisation derselben in den reoccupirten Provinzen	A. 95.
— — — — — im Großherzogthum Posen	D. 51.

D.

Decharge: s. Stempel.

Denkmäler: s. Gebäude.

Denkmünze für die, die den Krieg v. J. 1813 als Combattanten mitgemacht	{ A. 4. B. 10.
— wenn auf den Verlust derselben zu erkennen	B. 1. 2. 10.
— wie die zu bestrafen, die sie unbefugterweise tragen	C. 103.
— — — — — die sie abändern und eigenmächtig verkaufen	C. 136.
— für diejenigen, die nicht in Reihe und Glied gestanden	C. 193.
— wenn auch hier der Verlust derselben eintritt	D. 297.
— die der ehemals Nassauischen Unterthanen, ist der Preussischen gleichgestellt	D. 35.

Deserteurs: s. Verbrecher.

Diäten und Reisekosten der Beamten bei Commissionen C. 113 — 118.

Durchmärsche: s. Etappen.

E.

Ehen; was gehört zu deren Gültigkeit, in den ehemals westphälischen Provinzen C. 97.

Eheleute; über die zwischen denselben, im Cleveschen und Westphälischen, statt gefundene Gütergemeinschaft C. 97.

Ein- und Durchuhr des fremden Salzes, in Sachsen, ist verboten C. 140.

Einkommen-Steuer: s. Steuer.

Einquartierungswesen, Regulirung desselben für Berlin A. 29 — 35.

Erkenntnisse der ehemals sächsischen Behörden, die vor dem 1. Juni 1816 ergangen, sind gültig D. 120.

— Consumacial-, der ehemal. polnischen Gerichte, gegen preussische Unterthanen, dagegen findet die Appellation statt D. 203, 204.

Erklärungen unter den Lebendigen: s. Militairpersonen.

	Seitenzahl.
Erbpachts-Zins von geistlichen Gütern, kann abgelöst werden	C. 181.
Etappen-Convention mit Gotha	D. 93 — 100.
— — — Hannover	D. 77 — 85.
— — — Chur-Hessen	D. 133 — 144.
— — — Hessen-Darmstadt	D. 101 — 111.
— — — Nassau	D. 112 — 119.
— — — Weimar	D. 85 — 93.
Execution wegen rückständiger Kaufgelder veräußerter Domainen	A. 27.
— — Verpflichtungen, die aus unerlaubten Handlungen entspringen	A. 9.
— Suspension derselben gegen Grundbesitzer	{ A. 47 — 49. B. 11 — 13.
F.	
Feind, die mit demselben verkehren, werden bestraft	A. 5 — 7.
Fideicommiss, Verschuldung derselben, s. Lehn.	
— was die Töchter der Fideicommissbesitzer daraus erhalten, deren Brüder vor dem Feinde geblieben sind, wenn die Agnaten zur Succession kommen	B. 102.
Flüsse sollen nicht verunreinigt werden	C. 108.
Forsten der Gemeinen und öffentlichen Anstalten, in Sachsen, Westphalen und am Niederrheine, wie sie zu verwalten	D. 57 — 60.
Freiwillige, werden aufgefordert, und über die Art ihrer Bewaffnung das Weitere bestimmt	B. 34 — 36.
— die bei den Regimentern eingetretenen sind denen gleichgestellt, die in die Detachements eingetreten sind	B. 191.
— treten in Friedenszeiten nur auf 1 Jahr in das stehende Heer	A. 80.
Freizügigkeits-Vertrag mit Anhalt-Bernburg	B. 83.
— — — — — Coblenz	D. 298.
— — — — — Dessau	D. 14.
— — — — — Bayern	D. 31. 146.
— — — — — Frankreich	D. 297.
— — — — — Mecklenburg-Schwerin	C. 239.
— — — — — Strelitz	D. 145.
— — — — — Hannover	D. 9.
— — — — — Nassau	D. 11.

	Seitenzahl.
Freizügigkeits-Vertrag mit den Niederlanden	D. 149 — 151.
— — — — — Oldenburg	D. 32. 33.
— — — — — Sachsen-Coburg	D. 10.
— — — — — Gotha und Altenburg	A. 141. 142.
— — — — — Hildburghausen	D. 123.
— — — — — Weimar	D. 13.
— — — — — dem Königreich Sachsen	D. 132.
— — — — — Waldeck	D. 11. 12.

Friede: s. Traktat.

Friedensrichter im Großherzogthum Posen, werden beibehalten D. 45.

Friese, Geh. Ober-Regierungs-Rath, ist zum Staats-Sekretair und zum
Präsidenten der Banque ernannt D. 304.

G.

Gebäude, öffentliche, zu der damit vorzunehmenden Veränderung muß die
Genehmigung nachgesucht werden B. 206.

Gehalte, deren Verminderung hört vom 1. Juni 1814 auf A. 36,
— s. Beamte.

Geldsorten, fremde, sollen nach einem bestimmten Kurse angenommen
werden C. 118 — 120.
— im Großherzogthum Posen, Pommern und Rügen D. 1. 2.

Gemeinde-Försten: s. Försten.

— Güter, über die Gültigkeit ihres Verkaufs in den sonst französi-
schen Provinzen C. 98. 99.

Gemeinschaft der Güter: s. Eheleute.

Gerichte, Ober-Appellations- }
— Landes- } s. Ober- u. Gerichte.

Gerichts-Ordnung, allgemeine, wird mit Berücksichtigung der schon schwe-
benden Prozesse eingeführt, in den reoccupirten Provinzen A. 89 — 96.

— — — in dem Culm- und Michelfauer Kreise und im Thorner
Gebiete C. 217 — 224.

— — — im Herzogthum Sachsen C. 124 — 133.

— — — Anhang dazu wird publizirt B. 29.

Gerichts-Verfassung für das Herzogthum Posen D. 37 — 56.

Gesellschaften, geheime, sind unerlaubt C. 5 — 12.

Gesetze

- Seitenzahl.
- Gesetze sollen in das Polnische übersetzt werden C. 204.
- Gesuche, Immediat=, was bei denselben zu beobachten A. 87. 88.
- Gewicht- und Maaß-Ordnung C. 142—152.
- Gnadenmonat ist außer dem Sterbemonat den Erben der Pensionairs bewilligt C. 201.
- auch denen der Militairpensionairs D. 6.
- Gutsherrliche Verhältnisse: s. bauerliche.
- H.
- Handlungs- Accise: s. Strafe.
- Hazard=Spiele: s. ebendasselbst.
- Hütten=Wesen ist dem Finanz=Ministerio beigelegt A. 3.
- — dem Ministerio des Innern D. 289. 290.
- Hypotheken: s. Termin.
- Verfassung wird in den westphälischen Provinzen wieder { B. 185—189:
eingeführt { D. 8.
- J.
- Jagdgerechtigkeit jeder Art steht, in Ostpreußen, denen Gütern zu, die im
Jahre 1775 zu adelichen Rechten verliehen waren C. 138.
- Jahr, Etats=, wird nach dem Kalender=Jahr bestimmt A. 39.
- Jmpost: s. Kriegs=Jmpost.
- Jndossatarien sind dem Jndossanten für die Valuta im Executio=Prozesse
verhaftet D. 34.
- Jndult: s. Exekution.
- Auflösung desselben C. 185—192.
- für das Großherzogthum Posen B. 99—101.
- wird in den durch den Pariser Frieden acquirirten Provinzen nur
nach der allgem. Gerichtsordnung beurtheilt C. 2.
- Jnquisitoriate werden eingerichtet im Großherzogthum Posen : D. 51.
- — — in den sonst westphälischen Provinzen A. 95.
- Jnstruction, Dienst=, für die Consistorien D. 237—245.
- — für die Medizinal-Collegien D. 245—248.
- — für die Ober=Präsidenten D. 230—236.
- — für die Regierungen D. 248—282.
- Justiz=Minister kann die Verfügungen der Gerichte, so weit sie das Formale
betreffen, modificiren B. 198.

R.

- Kalender müssen gestempelt werden C. 210.
- Kanäle: s. Flüsse.
- Karten: Spiel: s. Stempel.
- Kartel-Konvention mit Rußland D. 209 — 228.
- — — dem Königreich Sachsen D. 125 — 131.
- Kaufleute zu Danzig und Elbing können die Produkte ihrer Güter im voraus
verpfänden B. 190.
- Klewiz, von, Minister=Staats=Secrétair, Finanz=Minister D. 304.
- Kollateralsteuer soll auch gegen Dänemark und die Niederlande ex jure
retorsionis, nicht mehr statt finden C. 209.
- Konscribirt, deren Verhältniß zu ihren Stellvertretern, in den ehemals fran-
zösischen Provinzen D. 29. 30.
- Krakau; Vertrag zwischen Rußland und Preußen, worin ihre Verhältnisse als
freie Stadt bestimmt werden B. 161 — 184.
- Kriegsleistungen: s. Lehn.
- — s. Vergütung.
- — deren Liquidation muß bis zum 31sten Decbr. 1814 erfolgen A. 97. 98.
- Kriegsdienst, Verpflichtung dazu A. 79 — 82.
- Impost, dessen Erhebung, und Tarif A. 20 — 24.

L.

- Landgerichte: s. Stadtgerichte.
- Landgestüte, Bestimmung über deren Verwaltung C. 101.
- Landkarten, die im Lande herauskommen, sollen dem statistischen Bureau ein-
gereicht werden C. 92.
- Landrecht, allgemeines, wird unter Modalitäten, für ältere Fälle, wieder ein-
geführt in den wiedereroberten Provinzen A. 89 — 96.
- — in dem Culm- und Michclauer Kreise, auch im
Thorner Bezirke C. 217 — 224.
- — im Großherzogthum Posen C. 225 — 232.
- — im Herzogthum Sachsen C. 233 — 239.
- Landstreicher: s. Strafe.
- Landsturm, Aufgebot desselben B. 49 — 52.
- Landwehr, Bildung des ersten Aufgebots A. 80.

	Seitenzahl.
Landwehr, Bildung des zweiten Aufgebots	A. 81.
— Offiziere müssen bei den Uebungen eintreten	D. 299.
— Ordnung	C. 77—91.
— Kreuz, wann auf dessen Verlust zu erkennen	D. 302.
Lazareth=Offizianten. s. ebend.	
Lehns Abfindung der Töchter, wenn die Brüder im Kriege blieben, und die Algnaten zur Succession kommen	A. 143.
— Eid, wegen dessen Ableistung in den sächsischen Provinzen	D. 121.
— Pardon: s. Pardon.	
— Verschuldung für Kriegslasten, besonders aus den Jahren 1813 $\frac{1}{4}$	D. 206—208.
Lieferungen, Krieges=: s. Vergütung.	
Lotterie, in fremden darf nicht gespielt werden: s. Strafe.	
Luxussteuer ist aufgehoben	A. 17.

M.

Majorenmitäts=Termin im Fürstenthum Erfurt und im Amte Wandersleben, tritt mit dem 1. Januar 1818, nach zurückgelegtem 24sten Jahre ein.	D. 201.
Medizinal-Kollegien: s. Instruktion.	
Militair-Personen, über die Gültigkeit ihrer Erklärungen unter den Leben= digen im Kriege	B. 197.
— Personen, Gerichtsstand derer, die noch in Frankreich stehen, bei Schuld und Klagen auf Alimente	C. 112.
— Personen, wenn sie bei Lazarethen angestellt sind: s. Strafe.	
— Pflichtigkeit: s. Freiwillige.	
Ministerium, Organisation desselben	A. 40—44.
— nähere Bestimmung über dessen Dienstführung	D. 289—292.
— des Krieges, Eintheilung desselben	A. 77. 78.
Monat: s. Gnadenmonat.	

N.

Namen, fremde und fingirte, soll niemand annehmen: s. Strafe.	
Nothzucht: s. Unzucht.	

O.

Ober-Appellations-Gericht für das Großherzogthum Posen	C. 230.
Ober-Landes-Gerichte, deren Geschäftskreis	B. 85—99.
Ober=	

Ober-Landes-Gericht, das in Emmerich bestimmte, wird nach Cleve verlegt B. 192.

Ober-Präsident: s. Instruktion.

Orden: s. Strafe und Denkmünze.

- der Ehrenlegion nach der Stiftung Napoleons B. 184.
- westphälische, dürfen nicht getragen werden B. 84.
- Louise-, dessen Stiftung A. 70—72.

P.

Pardon für sämtliche ausgefretene Unterthanen D. 147.

- für die Einwohner von Neu-Vor-Pommern und der sonst Nassauischen Lande C. 95.

— Lehn-, für das Herzogthum Sachsen C. 212.

Paß-Reglement, Deklaration desselben, in Absicht der Frachtfuhrleute, der Handwerksgefallen und Viehhändler A. 10—12.

- — allgemeines D. 152—160.

Patent wegen Wiederbesiznahme der preussischen Provinzen im Ober- und Niedersächsischen Kreise B. 193. 194.

im westphälischen B. 195. 196.

- wegen Wiederbesiznahme von Cleve, Berg, Geldern, Mörs, Essen und Werden B. 21. 22.

— wegen Besiznahme der oranischen Erbländer B. 126. 127.

— — — des Großherzogthums Niederrhein B. 23—25.

— — — Posen B. 45. 46.

— — — Culm- und Michelauer Kreises B. 48.

— — — ehem. schwedischen Pommerns und Rügens B. 203. 204.

— — — Herzogthums Sachsen B. 77—82.

— — — von Saarbrücken und Saarlouis C. 73—76.

- Publikations-: s. allgem. Gerichts-Ordnung, (Exortultaxe) Hypotheken-Versassung.

Pensionairs, werden wieder vollständig bezahlt A. 67.

- s. Gnadenmonat.

Pfandbriefe, Domainen-, wegen deren Annahme bei Zahlungen A. 61.

- Ostpreussische, wegen Austausch derselben, im Fall der Kündigung D. 3.

Posen, Großherzogthum, Begrenzung und Bestimmung seiner Verhältnisse B. 128—160.

Präbendarien können die bewilligte Abfindung im Auslande verzehren, wenn ihnen dies früher in Hinsicht der Revenüen schon freistand . . . B. 198. 199.
Präsident: s. Instruktion.

D.

Quartal, Gnade- und Sterbequartal: s. Beamte.
Quittungen zu Pensionen aus der Justiz-Offizianten-Wittwen-Kasse bedürfen keines Stempels A. 18.

R.

Rang. Reglement der Civil-Beamten D. 61 — 67.
Regierungen, Organisation und Bestimmung ihrer Bezirke . . . B. 85 — 97.
— s. Instruktion.
Reichsstände, sonst reichsunmittelbare, Bestimmung ihrer Verhältnisse B. 105 — 108.
Reisekosten: s. Diäten.
Repräsentation des Volkes soll statt finden B. 103. 104.
Respitstage: s. Wechsel.

E.

Salzwesen ist dem Finanz-Ministerio beigelegt A. 3.
Salz-Konscription ist aufgehoben im Herzogthum Sachsen . . . C. 139.
— — — — — Schlessen C. 141.
— Regale, Ausübung desselben vom linken Elbufer bis zur westlichen Gränze C. 182 — 184.
Sachen, an der pommerschen Küste gestrandete, wann sie verfallen . . A. 28.
Scheidemünze: s. Ausfuhr.
Schiffe: s. Vermessung.
Schulden, Communal- und Provinzial-Krieges-, de 180⁶/₇ und 181²/₃, über deren Festsetzung findet kein Prozeß statt C. 4.
Servis Einrichtung für Berlin B. 3 — 5.
Silber: s. Ausfuhr.
Sportul-Taxe der Ober- und Untergerichte 1ster und 2ter Klasse, der Justiz-Kommissarien und Notarien, befindet sich hinter dem Jahr 1815. zu No. 308.
— Taxe der Kommissarien, Feldmesser und Sachverständigen bei Auseinandersetzungen D. 197 — 200.
— Taxe der Gerichte im Großherzogthum Posen D. 54.

	Seitenzahl.
Staatsrath; dessen Organisation	D. 67—73.
— — Mitglieder	D. 74—76. 122. 303.
— — Präsidenten wird der Staatsminister von Altenstein substituirt	D. 303.
Stempel, Karten-, ist heruntergesetzt	C. 137.
— Quittungs-: s. Quittung.	
— Rechnungs-, soll, statt zu der Decharge, zur Rechnung selbst adhibirt werden	D. 3.
— Werths-, wird bei Prozessen erst in dem Erkenntnisse festgesetzt und darnach eingezogen	D. 205.
— Zeitungs-: s. Strafen.	
Stempelung der Wechsel und kaufmännischen Assignationen	{ A. 13—16. C. 138.
Steuer, Mieths-, für Berlin	B. 3—5.
— Luxus-, ist aufgehoben	A. 17.
— Einkommen- und Vermögens-, wird für Stettin, Cüstrin und Glogau compensirt	A. 37.
— — — — — wird nur bis zu einem gewissen Termin in Kompensation angenommen	A. 97. 98.
Strafen der defraudirten Handlungs=Accise	A. 69.
— — — — — Wahl=Accise	B. 6—8.
— — rückkehrenden Landstreicher	D. 36.
— — Lazareth=Bedienten, die Militairpersonen sind	D. 299.
— des Spielens in fremden Lotterien	D. 4. 5.
— der Hazardspiele	D. 31.
— des verbotwidrigen Tabackrauchens	C. 1.
— — Tragens nicht bewilligter Orden	C. 103.
— — Verkaufs und Veränderung derselben	C. 136.
— der verfälschten und angenommenen Namen	C. 216.
— des verfälschten Zeitungsstempels	C. 109.
— — nicht gebrauchten Stempels bei kaufmännischen Assignationen und Wechseln	A. 16.
— — Verkehrs mit dem Feinde	A. 5—7.
— der defraudirten Wasser-, Binnen-, und Provinzialzölle	C. 198. 199.
Strandrecht in Pommern: s. Sachen.	
Suspension der Exekution findet bei Zahlungen für gekaufte Domänen nicht Statt	A. 27.
	Euß.

Euspension: f. Exekution.

— der Militairprozeſſe hört auf C. 110 — 112.

I.

Tabacksrauchen: f. Strafe.

Tag, Präsentations-, wird bei Wechſeln auf Sicht nicht gerechnet B. 125.

Tarif des Erſatzzolls ſtatt der Großhandlungs- = Ueife A. 105 — 112.

Taxe: f. Sportul-Taxe.

— für Aerzte B. 109 — 112, 121, 122.

— — Wundärzte B. 113 — 116.

— — Geburtshelfer B. 117, 118.

— — Zahnärzte B. 119, 120.

— — Thierärzte B. 123, 124.

Termin, Präklusiv-, zur Anmeldung der Hypotheken im ehemaligen Weſtphalen, iſt verlängert D. 7, 8.

Thaler-Scheine: f. Treſorſcheine.

Titel des Königs D. 17 — 28.

Titel der königl. Beamten D. 61 — 67.

Todeserklärungen der Militairperſonen und ſolcher, die ſich nach dem Kriege nicht wieder gemeldet D. 15, 16.

Traſtat, Friedens-, mit Frankreich, von 1814. A. 113 — 136.

— — — — — 1815. C. 13 — 73.

— — — — — Dänemark A. 137 — 140.

— — — — — Sachſen B. 53 — 76.

— — — — — Rußland wegen des Großherzogthums Warſchau B. 128 — 157.

— — — — — Deſterreich B. 158 — 160.

Transito-Gefälle: f. Abgaben.

Treſor-Scheine, deren Realifation { A. 83 — 87.

— — — — — { B. { 17 — 20.

— — — — — { 27, 28.

— — — — — gelten auch in dem preußiſchen Sachſen C. 99.

Truppen, werden demobil A. 99 — 104.

II.

Unkundige des Leſens und Schreibens bedürfen keines Beiſtandes, wenn ein Protokollführer zugezogen iſt C. 203.

Unter

Untersuchung gegen die, die mit dem Feinde verkehren A. 5 — 7.
Unzucht, bei unerwachsenen Personen, ist der Nothzucht gleichgestellt B. 207.

B.

Vagabonden, wegen Transport derselben in das Mecklenburg, Strelitzsche D. 300.
Verbrecher, deren Auslieferung nach Rußland, und von dort in das Preussische D. 218.

Vergütung der Kriegslieferungen { A. 49 — 60.
 B. 14 — 16.

— — — für Ost-, Westpreußen und Litthauen B. 199, 200.

Vermessung der Schiffe, Behufs der zu entrichtenden Abgaben B. 205.

Vermögens-Steuer: s. Steuer.

Vernehmung der Civilgerichte, wie weit in Untersuchungs-Sachen darauf
Rücksicht zu nehmen C. 240.

Verpfändungen: s. Kaufleute.

Verpflichtung: s. Kriegsdienst.

Vorspann, Regulativ deshalb C. 201.

Vorstädte der Festungen, was bei deren Wiederaufbau zu beobachten A. 25, 75.

Vorzugsrecht der, zur Erhaltung der Dämme, gegebenen Vorschüsse A. 73.

W.

Waagen, städtische und Dominial-, werden vom Staate übernommen A. 16.

Wappen, königliches, Reglement deshalb D. 17 — 28.

Warschau, Großherzogthum: s. Traktat.

Wechsel: s. Stempel.

— der Subalternoffiziere, über das Einlagegeld bei der Wittwen-Kasse,
bedürfen keines Consenses C. 93.

— auf dato, nach acht oder weniger Tagen, haben keine Respittage D. 34.

— auf Sicht: s. Tag der Präsentation.

— wenn sie mit Protest zurückkommen, wie der Inhaber zu entschädigen C. 153.

— traßirte, können auch in Abschrift girirt werden C. 153.

— s. Indossatarien.

Wiederherstellung der Gebäude in den Festungen { A. 25, 75.
 C. 215.

Wolfs-Jagden, die dazu nöthige Mannschaft muß gestellt werden A. 1.

Z.

Zinsen, die den Minderjährigen zustehen, können auch während des Indults
auf 3 Monate eingezogen werden A. 8.

Zinsen,

Zinsen, verlassene, wie weit sie in dem russischen Theile von Polen gefordert werden können	B. 39.
— laufende, im Großherzogthum Posen	B. 100.
Zoll, Erbsatz=: § Tarif.	
— Wasser=: Binnen=: und Provinzial=:, in den alten Provinzen, sind aufgehoben	C. 193.
Zucker, fremder, wie er zu versteuern	C. 121.

